

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf der zweiten Seite geht es um die **Eröffnung des Mehrgenerationenhauses der Diakonie in Plauen** und um das **"GehDenken" in Dresden**.

In seinem Kommentar auf Seite 2 beschäftigt sich Rolf Schwanitz mit der **Amts-einführung von US-Präsident Obama**.

Die **Ausweitung des Bundesprogramms "Kommunalkombi"** auf den gesamten Vogtlandkreis ist Thema auf Seite 3. Ein weiterer Beitrag befasst sich mit den neuen **Mindestlohnregelungen** in sieben Branchen.

Auf Seite 4 wird auf das Prinzip **"Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit"** hingewiesen. Außerdem geht es auf dieser Seite um die **Anhörung zum Gendiagnostikgesetz**.

Auf Seite 5 sagt Rolf Schwanitz seine volle **Unterstützung für den "Campus Amtsberg"** zu. Daneben wird hier über die **Halbierung der Langzeitarbeitslosigkeit im Vogtland** berichtet.

Auf der letzten Seite geht es um die **"Abwrackprämie"**. Und die **frechen Strolche** machen sich Gedanken über die **e. o. plauen-Ausstellung**. Auch die Termine der nächsten **Bürgersprechstunden** sind wieder auf Seite 6 zu finden.

Investitionsprogramm beschlossen

Die Bundesregierung hat heute das Programm zur Unterstützung zusätzlicher Investitionen der Kommunen und Länder beschlossen. Insgesamt stellt der Bund dafür 10 Milliarden Euro zur Verfügung. Weitere 3,3 Milliarden Euro sollen die Länder beisteuern. Aus dem Gesetzentwurf und dem Entwurf der Verwaltungsvereinbarung ergibt sich, dass 70 Prozent der Bundesmittel zur Finanzierung kommunalbezogener Investitionen eingesetzt werden sollen. Daran sollen sich die Kommunen mit einem Eigenanteil beteiligen, wobei die Länder sicherstellen müssen,

dass finanzschwächere Kommunen ebenso wie finanzstärkere Kommunen von dem Programm profitieren. Der Bund stellt seine Finanzhilfen den Ländern zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung. Die Hälfte der Bundesmittel muss noch in diesem Jahr abgerufen werden. Damit können trägerneutral Investitionen gefördert werden. 65 Prozent der Mittel sollen für den Bildungsbereich verwendet werden. Dazu zählen u. a. Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur, Schulinfrastruktur (insbesondere energetische Sanierung) sowie kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung (insbesondere energetische Sanierung). Weitere 35 Prozent der Mittel sollen für die kommunale Infrastruktur eingesetzt werden. Dazu zählen Krankenhäuser, Städtebaumaßnahmen (ohne Abwasser und ÖPNV), ländliche Infrastruktur (ohne Abwasser und ÖPNV), kommunale Straßen (beschränkt auf Lärmschutzmaßnahmen), Informationstechnologie sowie sonstige Infrastrukturinvestitionen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz fordert die sächsische Staatsregierung auf, den Anteil für kommunale Investitionen nicht abzusenken. Schwanitz sprach sich außerdem dafür aus, die Mittel den Kommunen als Investitionspauschale zur Verfügung zu stellen, damit sie möglichst schnell und unkompliziert über die Gelder des Bundes verfügen können. Schwanitz ergänzte: "Die Länder dürfen jetzt keine klebrigen Finger haben!"



War halt nur so 'ne Idee von mir...



In diesem Jahr gedenken viele Menschen der Ereignisse vor 20 Jahren, die zum Ende der DDR führten. Die wohl bekannteste politische Karikatur dazu wurde von dem sächsischen Grafiker Roland Baier gezeichnet: Karl Marx hat seine Hände in den Hosentaschen, blickt traurig nach unten und sagt entschuldigend: "Tut mir leid Jungs! War halt nur so 'ne Idee von mir...". Diese im Januar 1990 entstandene Karikatur wurde erstmals im April 1990 im EU-LENSPIEGEL veröffentlicht und von zahlreichen Zeitungen weltweit verbreitet. Anfang Januar traf sich Roland Baier mit Rolf Schwanitz und schenkte ihm einen Druck dieser berühmten Karikatur mit einer persönlichen Widmung. Da Rolf Schwanitz ein großer Liebhaber und Sammler politischer Karikaturen ist, freute er sich natürlich besonders über dieses verspätete Weihnachtsgeschenk, welches nun sein Büro im Bundesgesundheitsministerium schmückt.

"GEH DENKEN" in Dresden

Kurz kommentiert

Wir haben ein Stück Weltgeschichte erlebt

Das herausragende Ereignis der letzten Wochen war ohne Zweifel die Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten. Es war ein Stück Weltgeschichte, was wir da am Bildschirm miterlebt haben. Das Erdenrund setzt Hoffnung in Präsident Obama, denn die globalen Herausforderungen sind riesig. Sie reichen von der Finanz- und Wirtschaftskrise über den Klimawandel, die Energie- und Rohstoffverknappung bis hin zum Streben fundamentalistischer Staaten und Gruppen nach Massenvernichtungswaffen. Die Antwort darauf liegt nicht in regionalen Egoismen der Starken, sondern in einer neuen Weltinnenpolitik, bei der sich die Beteiligten auf gleicher Augenhöhe begegnen. Der Wechsel von Bush zu Obama ist deshalb nicht nur gut für Amerika, sondern eine echte Chance für die ganze Weltgemeinschaft. Und noch etwas hat sich gezeigt: Die vitale Kraft der amerikanischen Demokratie. Es gibt in den USA viele Dinge, die wir mit Sorgen betrachten: Die tiefe Spaltung der Gesellschaft, die geringe auch politische Bildung der breiten Massen und das Erstarken des christlichen Fundamentalismus, der die Welt in eine Zeit hinter Charles Darwin zurückführen will. Die Art und Weise, wie sich in Amerika nun der Wechsel zu diesem Präsidenten vollzog, ist ein Lehrstück der Toleranz und Demokratie. Davon sind wir in Deutschland noch viele Jahrzehnte entfernt.

Rolf Schwanitz



Rechtsextremisten aus ganz Europa werden am 13. und 14. Februar 2009 erneut zu ihrem Aufmarsch nach Dresden kommen. Der Aufmarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 hat sich in den letzten Jahren zum größten, regelmäßig stattfindenden Nazitreffen in Europa entwickelt. Im letzten Jahr zogen rund 5.000 Nazis durch Dresden. Mit dem Aufmarsch versuchen die Rechtsextremen, die Erinnerung an die Opfer der Bombardierungen für ihre revanchistischen und menschenverachtenden Zwecke zu missbrauchen. Außerdem versuchen NPD

und Kameradschaften, den Dresdner Aufmarsch als Auftakt für das Superwahljahr 2009 zu nutzen. Viele Menschen sind jedoch der Auffassung, dass den Rechtsextremisten die sächsische Landeshauptstadt nicht als Aufmarschort überlassen werden darf. Deshalb organisiert ein breites Bündnis aus Vereinen, Initiativen, Kirchen und Parteien unter dem Motto "GEH DENKEN" am 14. Februar 2009 eine große Demonstration gegen den braunen Spuk. Ein klares Stopp dem Rechtsextremismus - diesen Aufruf unterstützen viele Persönlichkeiten, u. a. Altbundesprä-

sident Richard von Weizsäcker, der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering oder der Sänger Smudo von den Fantastischen Vier. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz gehört zu den Erstunterzeichnern. Zivilcourage ist für Rolf Schwanitz dabei nicht nur ein Lippenbekenntnis. Er hat einen Reisebus organisiert und ruft dazu auf, gemeinsam mit ihm am 14. Februar nach Dresden zu fahren. GEH DENKEN startet in Dresden um 13 Uhr. Um 16 Uhr sind auf dem Theaterplatz Kundgebungen und Konzerte geplant.

Wer mit nach Dresden fahren will, kann sich bei Lutz Kätzel im Plauer Büro des SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz anmelden (Tel: 03741/134118 oder rolf.schwanitz@wk.bundestag.de) und genauere Informationen zum Treffpunkt und den Abfahrtszeiten im Vogtland erfahren.

Ein Haus für Generationen



Es erinnert ein bisschen an früher. An die Zeit, die keiner von uns mehr wirklich kennt. Damals lebten alle Mitglieder einer Familie unter einem Dach: Kinder, Eltern, Großeltern. Und das hatte durchaus seine Vor-

züge. Die Kleinen waren immer gut versorgt. Die Älteren konnten ihre Lebenserfahrung weitergeben. Jeder hat jedem geholfen. Diese Idee

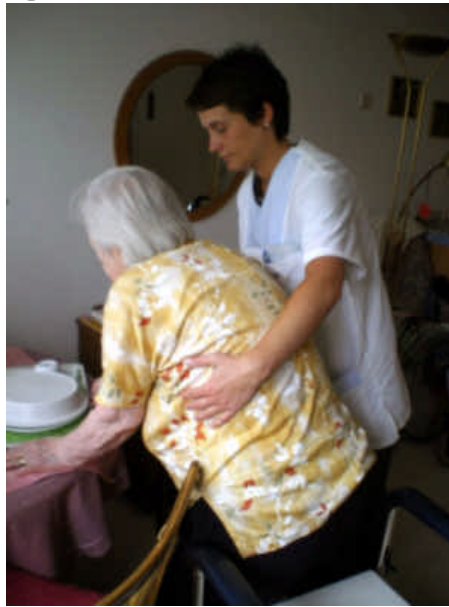
wurde jetzt in einem Aktionsprogramm der Bundesregierung aufgegriffen. Mehrgenerationenhäuser nennt es sich. Zwei dieser Mehrgenerationenhäuser gibt es im Vogtland: in Oelsnitz und in Plauen. Und

das in Plauen feierte am 17. Januar Eröffnung. Einer der Gäste war Rolf Schwanitz. Und er kam nicht mit leeren Händen. Er spendierte eine Turnbank für den Sportraum. In seinem Grußwort hob er hervor: "Auch Spiele und Bewegung gehören in ein solches Haus. Ich bin sicher: Hier gelingt ein neues nachbarschaftliches Miteinander über Generationen hinweg." Wer jetzt Lust bekommen hat, selbst einmal vorbei zu schauen: Das Mehrgenerationenhaus befindet sich Am Albertplatz 12 in Plauen und ist von Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr geöffnet.

Gutes Geld für gute Arbeit

Der Deutsche Bundestag hat letzte Woche Mindestlohnregelungen für sieben weitere Branchen verabschiedet. Dabei handelt es sich um die Pflegebranche, die industriellen Großwäschereien, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Abfallwirtschaft, die Bergbauspezialdienste sowie Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen, die in den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentendengesetzes aufgenommen werden. Außerdem wird es künftig möglich sein, für die Zeitarbeitsbranche Lohnuntergrenzen per Verordnung festzulegen. Rolf Schwanitz bewertete dies als großen Erfolg für die Arbeitnehmer, auch wenn sich die SPD mit ihrer Forderung nach flächendeckenden Mindestlöhnen gegen die CDU/CSU-Fraktion nicht durchsetzen konnte. Schwanitz sagte dazu: "Wir haben bis jetzt in der Koali-

tion gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen Mindestlöhne für rund 3 Millionen Arbeitnehmer durchgesetzt. Das ist ein großer Fortschritt für die betroffenen Menschen." Nach Ansicht von Rolf Schwanitz werden mit der von der SPD durchgesetzten Gesetzesänderung wichtige Mindeststandards gesichert, Lohn- und Sozialdumping sowie Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Für ihn bleibt aber trotzdem der gesetzliche Mindestlohn für alle Arbeitnehmer auf der politischen Tagesordnung: "Wir wollen für alle Arbeitnehmer gerechte Löhne für gu-



Mindestlöhne sind jetzt auch in der Pflegebranche möglich © geralt/PIXELIO

te Arbeit. Deshalb machen wir uns für einen flächendeckenden Mindestlohn stark. Die Wähler haben es in der Hand, bei den nächsten Wahlen darüber mit zu entscheiden."

Kurz gemeldet

"Auszeichnung" für Sächsische Staatskanzlei

Die "Tonstörung 2008" - ein jährlicher Negativ-Preis der Landespressekonferenz (LPK) Sachsen - geht an die Sächsische Staatskanzlei. Sie habe LPK-Mitglieder mehrfach in ihrer Arbeit behindert, begründete die Jury ihre Wahl. So gingen inhaltliche und zeitliche Planung der Pressearbeit an den Bedürfnissen der Journalisten vorbei. In mehreren Fällen sei zudem das Informationsrecht der Öffentlichkeit verletzt worden. Auch seien Auskünfte grundsätzlich verweigert und Anfragen teilweise nicht in angemessener Frist beantwortet worden. Der Preis soll auf die nach Meinung der LPK-Mitglieder eingetretene Tonstörung zwischen Journalisten und einer Persönlichkeit, Verwaltung oder Institution in Sachsen hinweisen.

Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter

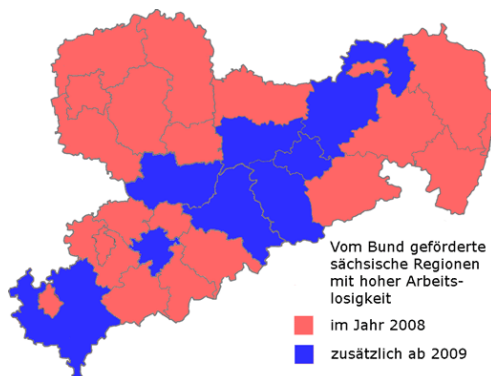
Der Bundestag hat vergangene Woche ein Gesetz zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung beschlossen. Damit soll Beteiligung von Beschäftigten an Unternehmen gefördert und die Eigenkapitalbasis der Firmen selbst verbessert werden. Konkret steigt bei der Arbeitnehmer-Sparzulage die Einkommensgrenze für Ledige auf 20.000 Euro (Verheiratete 40.000 Euro). Außerdem wird der steuer- und sozialversicherungsfreie Höchstbetrag für direkte Beteiligungen an der Firma von 135 auf 360 Euro erhöht. Und zusätzlich zur direkten Beteiligung werden künftig Beteiligungen auch über neue Mitarbeiterbeteiligungsfonds – zum Beispiel für einzelne Branchen – gefördert.

"Kommunal-Kombi" im gesamten Vogtlandkreis möglich

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird voraussichtlich noch in dieser Woche seine Richtlinie zum Bundesprogramm "Kommunal-Kombi" ändern. Danach können rückwirkend ab 1. Januar Langzeitarbeitslose im gesamten Vogtlandkreis und nicht nur in der Stadt Plauen gefördert werden. Außerdem

werden die individuellen Zugangsvoraussetzungen für die Teilnehmer des Bundesprogramms gelockert. Um daran teilnehmen zu können, müssen die Arbeitslosen nicht mehr mindestens 24, sondern nur noch länger als 12 Monate ohne Arbeit sein. Damit können wesentlich mehr Langzeitarbeitslose als bisher vom Bundesprogramm profitieren. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz ruft die Kommunen im Vogtlandkreis dazu auf, das Angebot zu nutzen und das Pro-

gramm zügig umzusetzen. Schwanitz erklärte: "Mit der Ausweitung des Bundesprogramms 'Kommunal-Kombi' setzt die Bundesregierung in der jetzigen Situation das richtige Signal. Nun können auch die Kommunen im Vogtlandkreis Langzeitarbeitslosen bessere Perspektiven geben und zugleich viele gemeinwohlorientierte Tätigkeiten durchführen. Ich fordere die Städte und Gemeinden im Vogtland auf, jetzt schnell zu entscheiden, ob und wie die Fördermittel genutzt werden sollen." Weitere Informationen zu dem Bundesprogramm gibt es unter: www.kommunal-kombi.bund.de



Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit



Die Regierungskoalition hat sich in der letzten Woche auf ein Konjunkturpaket verständigt. Ein Schwerpunkt dabei sind die geplanten Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Jetzt muss das Prinzip "Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit" gelten. Kurzarbeit soll durch Erleichterung der Voraussetzungen, Vereinfachung der Antragstellung und die hälftige Erstattung der Sozialversicherungs-

beiträge für alle Unternehmen und Beschäftigten attraktiver und unbürokratischer gemacht werden. Betriebe können die Krise nutzen, um ihre Beschäftigten zu qualifizieren und weiterzubilden. Deshalb soll die Kombination von Kurzarbeit und Qualifizierung besonders gefördert werden. Rolf Schwannitz sagte: "Wer in diesem Jahr arbeitslos wird, soll zügig und unbürokratisch Hil-

fe bekommen, um möglichst schnell wieder eine Arbeit zu finden. Deshalb werden sich 5.000 Arbeitsvermittler zusätzlich um eine intensive Betreuung und Vermittlung der Arbeitssuchenden kümmern." Außerdem sollen die erheblichen Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit jetzt eingesetzt werden. "Dies ist nur möglich, weil wir die Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahren zukunftsfest gemacht haben", erinnerte Schwannitz. Gemeinsam mit Fachleuten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit wird Rolf Schwannitz **am Donnerstag, dem 5. Februar 2009, um 15 Uhr, im großen Saal der IHK-Regionalkammer, Friedensstr. 32, 08523 Plauen**, über die geplanten Maßnahmen informieren. Dazu sind alle Interessierten recht herzlich eingeladen.

Vor 20 Jahren

1.2.1989: Stasi-Chef Mielke erklärt intern, die DDR habe das KSZE-Abschlussdokument nur aus Angst vor politischer Isolation unterschrieben. Darin genannte "Helsinki-Gruppen" würden nicht zugelassen.

5.2.1989: Die neu gegründete Ostberliner Arbeitsgemeinschaft "Courage" setzt sich für die Integration von Homosexuellen in die DDR-Gesellschaft ein.

6.2.1989: Chris Gueffroy (20 Jahre) wird bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer erschossen.

9.2.1989: Umweltaktivisten protestieren bei einem Treffen mit Vertretern des DDR-Umweltministeriums gegen die Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche.

12.2.1989: Der ungarische KP-Chef Karoly Grosz sieht im Mehrparteiensystem "eine größere Möglichkeit weniger Fehler zu machen".

13.2.1989: Bei Übergriffen der Sicherheitsorgane während einer Demonstration in Dresden verhindern Bürgerrechtler Verhaftungen.

16.2.1989: Eine Familie aus Potsdam durchbricht mit ihrem PKW eine Sperre zum Parkplatz der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ostberlin.

21.2.1989: Vaclav Havel wird in Prag wegen "Rowdytums" zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

24.2.1989: Die ungarische Sozialistische Arbeiterpartei verzichtet auf ihren in der Verfassung verankerten Führungsanspruch.

26.2.1989: Am Rande des Treffens "Konkret für den Frieden VII" in Greifswald werden Absprachen über die Bildung von DDR-weiten politischen Organisationen getroffen.

Unterstützung für Gendiagnostikgesetz

Am 21. Januar hat der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung über 50 Interessenverbände und Einzelsachverständige geladen, um Fragen der Bundestagsabgeordneten zum Gendiagnostikgesetz zu beantworten. Der in der Zuständigkeit von Staatssekretär Schwannitz liegende

Gesetzentwurf ist bei den Sachverständigen auf viel Zustimmung gestoßen. "Im Großen und Ganzen" sei "eine ausgewogene Balance" erreicht, das Gesetz enthalte ein "differenziertes Konzept" für den Umgang mit genetischen Untersuchungen, so der Tenor der Stellungnahmen. Regelungsbedarf sahen die

Sachverständigen in der Anhörung über den Gesetzentwurf hinaus bei der Frage von genetischen Untersuchungen zu Forschungszwecken. Eine gesetzliche Regelung für die Forschung sei zum Schutz der Probanden und für die Rechtssicherheit der Forschung notwendig, so die Experten. Es ginge nicht mehr um kleine, lokal begrenzte Probensammlungen, sondern um Biodatenbanken, die eine eigene Regelung brauchen. Ziel des Gendiagnostikgesetzes ist es, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bei genetischen Daten zu schützen und Diskriminierungen zu verhindern. Die Regelungen betreffen medizinische Versorgung, Abstammung, Arbeitsleben und Versicherungsverträge.



© Michael Bührke/PIXELIO

Schwanitz sagt volle Unterstützung für "Campus Amtsberg" zu

Der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz (SPD) hat in einem Gespräch dem Plauer Oberbürgermeister seine volle Unterstützung beim Projekt "Campus Amtsberg" zugesagt. Mit diesem Projekt erwägt das Sächsische Staatsministerium für Finanzen, das landeseigene Areal auf dem Amtsberg als neuen Standort für die Staatliche Studienakademie auszubauen. "Die erste Projektstudie des Freistaates ist ermutigend. Hier könnte ein hoch attraktiver und ausbaufähiger Campus für die geplanten 600 BA-Studenten entstehen. Meine Initiative von 2005 zum Ausbau der BA in Plauen, die damals noch von so manchem belächelt wurde, könnte so eine ideale Verwirklichung finden. Wenn der Freistaat dabei nicht knausert, kann auf diesem städtebaulich hervorgehobenen Platz darüber hinaus ein neues Wahrzeichen der Spitzen-

stadt entstehen. Und ein Stück Wiedergutmachung des Freistaates gegenüber der Vogtlandmetropole für frühere Fehlentscheidungen wäre dies allemal", kommentierte Rolf Schwanitz die erste Studie des Sächsischen Immobilien- und Baumanagements (SIB). Mit Applaus allein ist es jedoch nicht getan. Für den Erfolg muss noch in Dresden ein dickes "politisches Brett" gebohrt werden. Denn das Projekt hat noch mindestens zwei große Hürden vor sich: Zum einen muss das sachlich fundierte Entwicklungskonzept für den Ausbau des Standorts Plauen auch vom gesamten Kollegium der BA Sachsen



beschlossen werden. Zum anderen muss der sächsische Finanzminister den Ausbau des Amtsberges auch tatsächlich beschließen und die finanziellen Mittel dafür bereitstellen, bis hinein in den Doppelhaushalt 2011/2012. Rolf Schwanitz wird das Thema "Campus Amtsberg" deshalb auf die Tagesordnung des von ihm geleiteten Initiativkreises Studienakademie Plauen setzen. Der Initiativkreis wird dazu am 21. Februar seine Beratungen aufnehmen.

Kurz gemeldet

Spice verboten

Das Bundesministerium für Gesundheit hat die in der Modedroge "Spice" und vergleichbaren Produkten enthaltenen synthetischen Cannabinoide "CP-47,497" und "JWH-018" durch eine Eilverordnung dem Betäubungsmittelgesetz unterstellt. Damit ist jede Form von unerlaubter Herstellung, Handel und Besitz nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) untersagt. Die Regelung gilt zunächst befristet für ein Jahr, sie wird innerhalb dieses Jahres durch eine dauerhafte Regelung abgelöst. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat zudem auf Antrag einer Landesbehörde zwei Spice-Mischungen ("SMOKE Aromatherapy Incense" und "Genie Enjoy Genie Blend") als zulassungspflichtige Arzneimittel eingestuft. Damit ist das Inverkehrbringen dieser Produkte auch nach dem Arzneimittelgesetz verboten.

Unsere deutsche Einheit

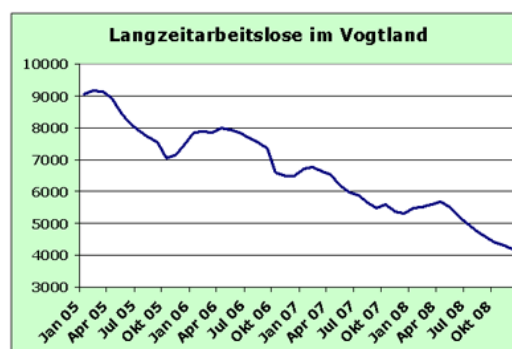
Noch bis zum 9. Februar 2009 können Interessierte unter dem Motto "Unsere deutsche Einheit" ihre Einschätzungen zur deutschen Einheit im Internet veröffentlichen. Unter www.unsere-deutsche-einheit.de können alle ihre persönlichen Geschichten und Bilder zum Thema präsentieren. Neben den eigenen Erlebnissen aus den Jahren 1989/90 sind auch Einschätzungen und Bilder zur aktuellen Lage und zur Zukunft der deutschen Einheit gefragt. Ergebnisse des Dialoges fließen in das Forschungsprojekt "Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit" ein. Eine Auswahl interessanter Antworten und Bilder soll veröffentlicht werden.

Langzeitarbeitslosigkeit halbiert

Im Januar 2005 traten die wesentlichen Teile der Arbeitsmarktreformen in Kraft. Die damalige SPDgeführte Bundesregierung hatte diese Reform gegen viele Widerstände durchgesetzt. Wenn im Vogtland nun eine Bilanz gezogen wird, dann zeigt sich, dass die Arbeitslosigkeit in den letzten vier Jahren deutlich zurückgegangen ist, obwohl der wirtschaftliche Aufschwung in diesem Zeitraum durchaus nicht besonders kräftig war. So ist seit Januar 2005 die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Vogtland um über 50 Prozent (von 9.033 auf 4.184) zurückgegangen. Die Beschäftigungsdynamik hat also gerade denjenigen ge-

nutzt, die es besonders schwer haben. "Das ist ein großer Erfolg, auch wenn durch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt längst nicht alle Probleme gelöst sind.", kommentierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz die Zahlen. In den nächsten Monaten ist durch die wirtschaftliche Krise ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Schwanitz bleibt trotzdem zuversichtlich: "Wir erleichtern

die Bedingungen für die Kurzarbeit und starten eine Qualifizierungsoffensive. Außerdem wurde das Bundesprogramm 'Kommalkombi' ausgeweitet und die arbeitsmarktpolitischen Instrumente neu ausgerichtet. Auch das kommunale Investitionsprogramm wird die Lage am Arbeitsmarkt stabilisieren."



Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

31.1.2009, 10 Uhr, Nominierung der SPD-Landtagskandidaten in Auerbach

4.2.2009, 15 Uhr, Studiogespräch beim Vogtlandradio

5.2.2009, 15 Uhr, Veranstaltung zur Beschäftigungssicherung in der IHK Plauen

6.2.2009, 9 Uhr, Podiumsdiskussion zur Gesundheitsförderung in Berlin

12.2.2009, 10 Uhr, Fachkongress zum Aktionsplan Gesundheit und Ernährung

14.2.2009, 13 Uhr, "Geh Denken" in Dresden

15.2.2009, 10 Uhr, Weltcup Nord. Komb. in Klingenthal

Die nächsten Bürgersprechstunden:

Plauen, Dienstag, den 3.2.2009, 13 bis 15 Uhr, Wahlkreisbüro Schwanitz, Freiheitsstraße 13

Reichenbach, Dienstag, 3.2.2009, 16 bis 17 Uhr, SPD-Büro, Weststraße 14

Umweltprämie: Anträge können ab heute gestellt werden

Noch immer bestehen Unklarheiten über den Beschluss der Bundesregierung zur Umweltprämie ("Abwrackprämie"). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz informiert deshalb über die wesentlichen Eckpunkte der Regelung:

Die Umweltprämie in Höhe von 2500 Euro kann jede Privatperson erhalten, die zwischen dem 14. Januar und 31. Dezember 2009 ihr Altfahrzeug verschrotet und gleichzeitig ein neues Fahrzeug kauft und zulässt. Dafür müssen jedoch einige Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Die Erstzulassung des Altfahrzeugs muss vor dem 14. Januar 2000 liegen.
2. Das Altfahrzeug muss zuletzt mindestens 1 Jahr auf den Käufer des neuen Fahrzeugs zugelassen gewesen sein.
3. Das neue Fahrzeug muss die Euro-4-Abgasnorm erfüllen.
4. Das neue Fahrzeug muss zum ersten Mal und in Deutschland zugelassen werden oder zuvor längstens ein Jahr auf einen in Deutschland niedergelassenen Kfz-Händler oder Kfz-Hersteller zugelassen gewesen sein.

Insgesamt sind 1,5 Milliarden Euro für die Umweltprämie vorgesehen. Den Antrag auf die Prämie

muss der Käufer beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) stellen. Mit der Antragstellung kann er auch den Händler beauftragen. Das Antragsformular und die Förderrichtlinie mit weiteren Informationen sind seit heute auf der Homepage des BAFA (www.bafa.de) zu finden. Seit heute beginnt auch die Auszahlung nach der Reihenfolge der Antragsgänge, solange die vorgesehenen Finanzmittel reichen. Dem Antrag sind das Original des Verschrotungsnachweises durch einen anerkannten Montagebetrieb gemäß Altfahrzeugverordnung und ein Nachweis der Zulassung des alten und des neuen Fahrzeuges auf den Antragsteller beizufügen.

Fragen können direkt an das BAFA gerichtet werden. Hier wurde eigens zu diesem Thema eine Telefon-Hotline geschaltet, die unter **06196/908470** zu erreichen ist.

Freche Strolche



He Maxe, was sachst'n zum Streit um de neie e. o. plauen-Ausstellung?

Her mir dadermit uff Moritz. Des kaa sich doch keener mehr anhöre!

Na du weest doch wie das is Maxe: Eene ordentliche Diskusschion schafft in der Zeitung Uffmerksamkeit un belebt das Geschäft.

Awer doch nich e Streit zwischn zwee ehemaligen Kulturamtsleitern Moritz, von dene der eene alle zwee Jahr üwern Künstler was annerschreibt und der annere nur sei Frust abarweidet.

Da könnste fei Recht ham Maxe.

Un helfen dut uns des in Plaua überhaupt nich Moritz. Mich tät's nich wunner, wenn de Leit im Lande sach'n: Laßt uns mit der Provinzposse in Ruh, sonst könnter euch euern e. o. plauen-Preis das nächst ma an Hut stecke!

